

Kommt England entgegen?

Nach dem „Echo de Paris“ sind die beiden englischen Beamten bei der am 6. Februar stattgefundenen Vorkonferenz beauftragt gewesen, die Meinung Lloyd Georges vorzutragen; der Vorkonferenzleiter hat nicht weniger als 2½ Stunden allein gesprochen. Saint Eric im „Journal“ erklärt, das Wenige, was man sagen könnte, sei, daß die öffentliche Meinung Frankreichs eine gewisse Überraschung über diesen Zwischenfall empfinden werde, dessen Folgen in die Augen springen. „Matin“ veröffentlicht ein Telegramm der „Times“, in dem gesagt wird, es habe den Anschein, daß der englische Premierminister unter dem Eindruck der Meinung gewisser Kreise seine Ansicht geändert habe, und daß seine Haltung nicht mehr mit derjenigen der französischen Regierung übereinstimme.

Auch die Havas-Agentur verbreitet einen Auszug dieses Telegramms, in dem gesagt wird, Lloyd George sei der Ansicht, daß man die Auslieferungsliste oder den Modus der Aburteilung abändern müsse, damit die Deutschen sie annehmen könnten. „Times“ sagt hinzu, Lloyd George folgen würde heißen, dem Vertrag selbst einen schrecklichen Stoß zu verfehlen. Lord Robert Cecil sagte nach einer Rede bei der „Journal“ in einer Versammlung, die einzigen, die die Kriegsgesangenen in Deutschland gemißhandelt hätten, müßten bestraft werden, aber das wolle nicht besagen, daß es wichtig sei, zu verlangen, daß Generale, Staatsmänner oder Prinzen nun sozusagen massenweise ausgeliefert würden.

„Evening Standard“ verbreitet eine Nachricht seines diplomatischen Mitarbeiters, die englische Regierung habe ihrem Berliner Geschäftsträger eine Note übermittelt, die er dem Reichsminister für Auswärtige Angelegenheiten, Müller, überreichen solle, und die dem Reichsministerium seinen Entschluß erleichtern könnte. Das Blatt sagt hinzu, man dürfe nicht erkannt sein, wenn einige Abänderungen an dem Auslieferungsverlangen vorgenommen würden. Die Alliierten seien nicht vollständig einig über den einzuschlagenden Weg. Der japanische und amerikanische Delegierte, ebenso Lloyd George und Lord Curzon hätten sich vollkommen überzeugt von den Schwierigkeiten, die die deutsche Regierung erfahre, aber Frankreich sei vollkommen anderer Meinung, während Italien sich zwischen den beiden entgegengesetzten Standpunkten halte. Diese Nachricht verbreitet der Londoner Korrespondent des „Pest Journal“.

Die Liste oder die falsche Liste?

Der Amsterdamer „Telegraaf“ bringt einen Aufsehen erregenden Leitartikel des Organs Lloyd Georges, der „Daily Chronicle“. Es heißt darin u. a.: Man weiß nicht, ob die Liste, deren Veröffentlichung in Berlin solche Sensation erregt hat, die echte ist oder nicht. Wir können jedoch mit einiger Autorität sagen, daß, wenn sie es ist, die britische Regierung dieser Liste nicht zugestimmt hat. Es ist in jedem Falle eine zweifelhafte Liste. Wenn ein Duplikat davon wirklich der deutschen Regierung überreicht wurde, dann ist es klar, daß der interalliierte diplomatische Organismus, der seinen Sitz in Paris hat, von neuem eine unentschiedene Dummheit begangen hat. Die Liste ist in jeder Hinsicht das, was sie nicht sein sollte. Hindenburg, Ludendorff und Bethmann Hollweg hätten nicht darauf achten dürfen! Man hätte nur Missetäter fordern dürfen, wie zum Beispiel den General, der den Befehl zur Einschüchterung Löwens gab, oder die Tauchbootkommandanten, die Hospitalschiffe versenkten und auf die ertrinkenden Matrosen schossen, sowie die Bill- und Müllärbeamten, die für die Verschickung und die in den deutschen Gefangenenlagern begangenen Grausamkeiten verantwortlich sind.

Es ist vollkommen klar, daß von keiner Regierung oder Nation erwartet werden kann, daß sie kaltblütig fünfzehn Monate nach dem Waffenstillstand Männer wie Hindenburg ausliefert. Das erste, was getan werden muß, ist die Angelegenheit mit der Liste aufzuklären. Wenn diesem, die im Namen der alliierten Autoritäten handelt, behaupten, wirklich die unentschuldigten Liste, die veröffentlicht wurde, abgelehnt zu haben, dann muß die erste Aufgabe sein, die Liste gründlich abzuändern. Auch in der übrigen englischen Presse findet die Auslieferungsliste keine Zustimmung. „Daily Express“ nennt sie einen gewaltigen Mißgriff. Die Frage ist jetzt so, daß die Alliierten entweder Deutschland zwingen müssen und dabei einen Sieg der Sparta listen riskieren, oder der Standpunkt, den sie eingenommen haben, präzisieren müssen. Dadurch würden sie gegenüber den Feinden ihr ganzes Prestige und ihre Autorität verlieren. Das Blatt schließt: Wenn wir der Frieden nicht verlieren wollen, so müssen die Alliierten und der Hohe Rat mit ihrer kurzfristigen Politik aufhören. „Daily Express“ weist auf die Kolata hin, die ein Rücktritt der deutschen Regierung für die Alliierten haben würde. Das Blatt ist der Ansicht, daß die Liste auch Namen von Personen enthält, die keine Kriegsmissetäter sind.

Beschlüsse der Vorkonferenz.

Aus Paris wird gemeldet, daß die Vorkonferenz am Sonnabend früh im Ministerium des Auswärtigen unter dem Vorsitz Milerands gelang habe, um die durch den Rücktritt des Freiherren v. Berner aufgetauchten Fragen zu lösen. Am Schluß der Sitzung, die nur eine Stunde dauerte, wurde nachfolgender Beschluß verfaßt: Die Konferenz ist in dem Beschluß einig, daß die Liste der Kriegsschuldigen dem deutschen Reichskanzler durch den französischen Geschäftsträger im Namen der alliierten Mächte so rasch als möglich übermittelt werden soll. — Der Vorkonferenzleiter von England und der Generalkonferenzleiter haben an der Beratung und dem darauf folgenden Beschluß teilgenommen. Gleichzeitig wurde der Wortlaut der Maniernote zu der Liste festgelegt. Diese Note ähnelt derjenigen, die die Konferenz Dienstag aufgestellt hat, aber es wurde der Schritt berücksichtigt, den der deutsche Minister des Auswärtigen inzwischen bei dem französischen Geschäftsträger machte.

Keine Entscheidung ohne Nationalversammlung. Fortünftig ist von einer sofortigen Einberufung der

Nationalversammlung zu Plenaritzungen abgesehen, bis sich die Lage soweit geklärt hat, daß Entscheidungen notwendig sind. Bis dahin soll der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, der für Montag einberufen ist, das Plenum bei den Beratungen mit der Regierung vertreten. Lesce hat sich aber verpflichtet, keine Entscheidung ohne die Nationalversammlung zu treffen, d. h. die Nationalversammlung wird sofort einberufen werden, sobald eine Klärung der Beziehungen eingetreten und endgültige Entscheidungen getroffen sind.

Ueberreichung der Noten.

Keine Abänderung der Begleitnote.

Am Sonnabend in später Abendstunde überreichte der französische Geschäftsträger dem Reichskanzler die angekündigten Schriftsätze: Die in telegraphischem Auszug bereits mitgeteilte Auslieferungsliste mit dem unveränderten Begleitbrief, der ursprünglich an Herrn v. Berner gerichtet, von diesem aber wieder zurückgewiesen worden war und endlich ein Schreiben des Präsidenten der Vorkonferenz Milerands an den deutschen Reichskanzler, der auf den Zwischenfall Berner Bezug nimmt und in höflichem, aber bestimmtem Tone die deutsche Regierung an die Inerhaltung der eingegangenen Verpflichtungen erinnert.

Nach der großen Aufregung, die die erste Veröffentlichung der Auslieferungsliste in ganz Deutschland hervorgerufen hat, kann der Inhalt der neuen Schriftsätze die Leidenschaften kaum noch steigern. Von wesentlichem Interesse ist nur der tröstliche Hinweis darauf, daß in der Aufstellung dieser Listen nicht alle die mit einbezogenen sind, welche sich bei im Laufe des Krieges von deutschen Reichsangehörigen begangenen zahllosen Verbrechen schuldig gemacht haben und daß die Entente sich weitere Maßnahmen gegen alle sonstigen, zurzeit noch unbekannt und ungenannten deutschen „Kriegsverbrecher“ vorbehalte. Jeder Deutsche, der sich auf selbstdemütigenden Boden jemals mißlieblich gemacht hat, läuft also Gefahr, eines schönen Tages durch irgend einen nachsichtigen Denunzianten eines gemeinen Verbrechens bezichtigt und von der Entente zur Aburteilung angefordert zu werden. Die blutige Höhe klingen die Worte, daß die Alliierten geglaubt haben, in der Auslieferungsliste „schädlicherweife“ nur Personen aufzuführen zu sollen, die ansehend die schwerste Verantwortung treffen. Man vergewärtige sich dabei welche Namen auf die Liste gestellt worden sind: Hindenburg, Großherzog von Hessen, Kronprinz von Bayern und hundert andere, jedem Deutschen teure Namen, das nennt die Entente „schädliche Rücksichten auf die Schuldigen“.

Der Milerand stellt in der Begleitnote eine weitere Mitteilung über die Umstände in Aussicht, unter denen die Alliierten die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Auslieferungsfrage ausgeführt zu sehen wünschen. Auf deren Inhalt wird alles ankommen. Die deutsche Regierung hat in ihrer Note vom 25. Januar deutlich dargelegt, wie weit sie der Entente entgegenkommen kann. Zweifellost hat die Regierung mit ihren Ausführungen über die Unmöglichkeit der Auslieferung bei einzelnen Alliierten Verständnis gefunden. Auch mag die entschlossene Haltung der Regierung und des ganzen Volkes nicht ganz ohne jeden Eindruck auf unsere ehemaligen Feinde gewesen sein. Verschiedene gemessene Pressestimmen, darunter auch die amtliche Reuters- und Havasagentur, sprechen bereits von einer Sinnesänderung Lloyd Georges zu unseren Gunsten. Doch wäre es überflüssig, aus dem offenbar bestehenden ernstlichen Meinungsverschiedenheiten allzu optimistische Schlüsse zu ziehen. Wenn einmal die Ansichten in legend einer Frage nicht übereinstimmen, so herrscht bei den Alliierten doch stets das Bestreben, die Einheitsfront gegen Deutschland aufrechtzuerhalten. Auch in der Auslieferungsfrage wird man einen Ausgleich herbeizuführen suchen. Wahrscheinlich dürfte die Entscheidung bei einer Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten und Minister für auswärtige Angelegenheiten in London fallen.

Eine Abänderung der Liste, die in der Stellungnahme dieses oder jenes Namens bestehen würde, vermöchte natürlich an der Haltung der deutschen Regierung nicht das geringste zu ändern. Eine Auslieferung — auch nur eines einzigen Deutschen — zur Aburteilung durch ein fremdes Militärgericht ist eine Unmöglichkeit.

Es würde nie einer deutschen Regierung gelingen, die äußeren Widerstände zu überwinden. Die Regierung könnte zwar, so bemerkt der Berliner „Vorwärts“, den Versuch, die Auslieferung durchzusetzen, Mord und Totschlag und Bürgerkrieg in größtem Umfang inszenieren, sie könnte aber, auch wenn sie noch so unbedenklich über Leichen hinwegschritte, nicht einen einzigen von denen, deren Auslieferung verlangt wird, wirklich über die deutsche Grenze bringen.

Auswartende Haltung der Reichsregierung.

Die beiden Noten der Entente zur Auslieferungsfrage wurden am Sonnabend abend dem Reichsminister des Auswärtigen vom französischen Geschäftsträger überreicht, nachdem die Konferenz des Kabinetts mit den Parteiführern bereits auseinandergesprochen war. Der Entente ist bereits eine Empfangsbescheinigung zugegangen. Weitere Schritte dürften von der Reichsregierung der Entente gegenüber zunächst nicht unternommen werden, da man erst die Antwortnote der Entente auf die deutschen Vorschläge vom 25. Januar abwarten will. Infolgedessen läßt sich auch noch nicht sagen, wann die Nationalversammlung einberufen werden wird, um zu der ganzen Frage Stellung zu nehmen. Der deutsche Geschäftsträger Dr. Mayer wird an den Beratungen des parlamentarischen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten teilnehmen und sich dann am Dienstag nach Paris zurückgeben.

Arbeitswoche Schritte des Ministers des Auswärtigen Müller bei der französischen Regierung sind nicht erfolgt. Er hat lediglich den französischen und den englischen Geschäftsträger zu sich gebeten, um ihnen zu eröffnen, daß die Weigerung des Herrn v. Berner die Auslieferungsliste entgegenzunehmen, lediglich eine persönliche Rundgebung sei, für die die

deutsche Regierung keine Verantwortung trage. Die Vorkonferenz hat sich, wie aus dem an den Reichskanzler gerichteten Brief hervorgeht, dieser Ansicht angeschlossen mit der Begründung, daß sie in der Tat nicht annehmen könne, daß die deutsche Regierung sich der Verpflichtung zu entziehen beabsichtige, die sie durch die Unterzeichnung des Vertrages von Versailles eingegangen sei, und daß sie, nach weniger als einem Monat nach Inkrafttreten des Vertrages, sich vorsätzlich weigerte, eine wesentliche Bestimmung des Vertrages zu erfüllen. Der Tatsache, daß es sich um keine vorsätzliche Weigerung der deutschen Regierung handelt, sondern um eine tatsächliche Unmöglichkeit, wird sich die Entente jedoch auf die Dauer nicht verschließen können.

Die Auslieferungsliste.

Die Anlagen gegen deutsche Heerführer.

Das Original der Auslieferungsliste enthält keine weiteren Namen als die telegraphisch angegebenen. Die Personen der Auslieferenden werden in ihr genauer bezeichnet und bei jedem werden die Gründe, aus denen die Auslieferung verlangt wird, mehr oder weniger ausführlich wiedergegeben. Dabei ist im allgemeinen festzustellen, daß die Begründung der Engländer meist außerordentlich knapp ist, sich fast ausschließlich auf U-Boot-Tatbestände bezieht, die der Frau Kaiser dafür desto ausführlicher.

Die Liste umfaßt 194 Seiten und zerfällt in sieben Listen. Die 1. Liste umfaßt die von England geforderten Personen mit der Zahl von 100, die zweite Liste die von Frankreich geforderten mit 334 Namen, die dritte Liste die von Italien geforderten mit 29 Namen, die vierte Liste die von Belgien geforderten mit 334 Namen, die fünfte Liste die von Polen geforderten mit 53 Namen, die sechste Liste die von Rumänien geforderten mit 41 Namen und die siebente Liste die von Südsibirien geforderten mit 4 Namen.

Hindenburg und Ludendorff werden für die Verwahrung des Sommergebietes bei dem vorbereiteten Rückzug verantwortlich gemacht. Die Auslieferung von Tirpitz wird wegen des unbeschränkten Tauchbootkrieges gefordert. Sehr umfangreich gestaltet sich das Material gegen den ehemaligen deutschen und bayerischen Kronprinzen. Gegen den ersten werden Befehle hervorgehoben, die sich auf die Festlegung von Dörfern beziehen, ferner werden ihm kriegsgerichtliche Urteile und die Plünderung von Müllern zur Last gelegt. Gegen den Kronprinzen Rupprecht von Bayern richtet sich die Anklage wegen seines Tagesbefehls, in dem er die Truppen aufforderte, keine englischen Gefangenen mehr zu machen. Auch für die Herabführung von Cambrai wird er verantwortlich gemacht.

Der Großherzog von Hessen wird wegen der Plünderung des Schlosses Hohencourt angeklagt. General Böllner wird beschuldigt, Urheber der Deportationen aus Lille zu sein. Generalfeldmarschall v. Ludw. wird für zahlreiche Hinrichtungen von Bürgern aus Senlis verantwortlich gemacht. Es ist hervorzuheben, daß mit dem Namen v. Luer, der in der Liste enthalten ist, nicht der sozialdemokratische bayerische Minister, sondern ein Major gleichen Namens gemeint ist, und daß der Name Häfeler sich nicht auf den toten Generalfeldmarschall, sondern auf einen Mannesoffizier bezieht.

Der auf der Liste stehende von Trotha ist nicht der Vizeadmiral und Chef der Admiralität, sondern ein anderer Träger dieses Namens, dessen Verbrechen zur Zeit noch nicht festgestellt sind. Der gleichfalls genannte Herr von Aniel ist weder der Unterstaatssekretär noch der frühere Verwaltungschef in Kamerun, sondern ein Oberleutnant dieses Namens. Neue Namen.

Die Liste der „Kriegsschuldigen“ soll noch durch folgende Namen ergänzt werden: Oberst Schlesswig wegen barbarischen Vorgehens im Dorfe Ludum in Romant; General G. Bringer, weil er den Rabbiner von Lunewitz und dessen Tochter in der Synagoge lebendig verbrennen ließ; der unbekanntes Befehlshaber des 16. Bayerischen Infanterie-Regiments in Badenweiler wegen Hinrichtung von Zivilpersonen,

vernichtung eines Lazarets und Besehung von weiblichen Personen über 13 Jahre, mit freibildlichen Absichten. Die Auslieferung des Gen. v. Kraus wird verlangt, weil er absichtlich eine Typhusepidemie, als deren Opfer 2000 Kriegsgesangene geblieben sind, fortpflanzen ließ mit der Behauptung: „Ich fühle mich nach meiner Passion“.

Auf der französischen Liste steht auch eine Frau, Elsa Scheiner. Es handelt sich offenbar um die Tochter des Professors Scheiner in Potsdam, die im Kriege in Nordfrankreich tätig war als Aufsichterin des Gefängnisses für weibliche Epione.

Wie halbamtlich gemeldet wird, soll die Veröffentlichung der Schuldliste in den nächsten Tagen bruchstückweise erfolgen, je nachdem die Uebersetzung erfolgt sein wird.

Erzberger zur Auslieferungsfrage.

In einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des „Daily Mail“ zur Auslieferungsfrage erklärte Reichsfinanzminister Erzberger, die Alliierten spielen in frevelhafter Weise mit dem Feuer. Der Körper der Nation würde in einer Weise erschüttert werden, daß kein Mensch sagen könnte, was aus Europa würde. Ich habe meinen Worten nichts hinzuzufügen. „Eine Auslieferung ist unmöglich.“ Keine Regierung in Deutschland, welche Konstellation sie auch haben mag, wird anders handeln können wie die jetzige Regierung, keine würde praktisch in der Lage sein, auch nur einen Deutschen der Entente auszuliefern. Das deutsche Volk bildet in dieser Frage in allen seinen Parteien eine Einheitsfront, die nicht zu erschüttern ist.

Rundgebung in München.

In München fand am Sonntag eine große Rundgebung gegen die Auslieferungsforderung der Entente statt. Am Denckplatz wurden Anproben an die Mens